

Informativ und Aktuell

**„Niemandem kann an einem Zerrbild
Amerikas in der Welt gelegen sein“:**

Wie die USA wirklich sind

Anmerkungen von Stephan Bierling

Auf Beschluss der Landesregierung wird die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung mit Ablauf des 31. 12. 2004 aufgelöst. Danach werden die Online-Publikationen der NLpB in das Angebot der Bundesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung Online“ (<http://www.politische-bildung.de>) übernommen.

Nachbestellungen von Einzelexemplaren bitte bis 30. 11. 2004 über

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung

– Literaturstelle –

Fax: (0511) 3901290

oder

<http://www.nlpb.de> (Rubrik „Publikationen“)

Auslieferung nach Verfügbarkeit: Der Versand erfolgt unfrei.

Herausgegeben von der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2004

Redaktion: Ekkehard Stüber

Die Veröffentlichung ist keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin.

Die Reihe „Informativ und Aktuell“ hat das Ziel,
der interessierten Öffentlichkeit Beiträge zur Diskussion
von politischen Schwerpunktthemen vorzustellen.
Damit will die Niedersächsische Landeszentrale für
politische Bildung einen schnellen Zugriff zu aktuellen
und Hintergrundinformationen ermöglichen.

Für die inhaltlichen Aussagen der Reihe
tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber ausfindig zu machen,
werden diese gebeten, sich mit der Herausgeberin in Verbindung zu setzen.

Druck: Druckerei Dobler, Alfeld,
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Stephan Bierling

**„Niemandem kann an einem
Zerrbild Amerikas in der Welt
gelegen sein“:**

Wie die USA wirklich sind

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Die Deutschen und die USA: Ein zwiespältiges Verhältnis	3
2. Bushs Wahl: chaotisch, aber rechtmäßig	5
3. Das Schreckgespenst der „amerikanischen Verhältnisse“	6
4. „Das Imperium der Freiheit“ – was die USA antreibt	11
5. Vom 11. September 2001 zum Irakkrieg	12
6. Die transatlantischen Beziehungen in der Krise ...	14
7. Die USA und Israel: Eine strategische Partnerschaft	16
8. Michael Moore und kein Ende	18

Vorwort

„Niemandem kann an einem Zerrbild Amerikas in der Welt gelegen sein“, sagte Bundespräsident Horst Köhler in seiner Antrittsrede vor dem Deutschen Bundestag am 1. Juli 2004. Die Ermahnung ist nötig. Allzu oft und vor allem in den letzten Jahren werden in Europa und insbesondere in Deutschland Gesellschaft, Wirtschaftssystem und Politik der USA aus Mangel an Wissen oder Einfühlungsvermögen oder mit politischer Absicht verzerrt.

Dies heißt natürlich nicht, dass Kritik an den Vereinigten Staaten unzulässig ist. Im Gegenteil: Gerade eine Macht wie die USA, deren Bedeutung und Einfluss historisch ohne Parallele ist und die sich selbst als Führerin der demokratischen Welt sieht, braucht neben einer lebendigen Debatte im Inneren auch die kritische Begleitung von außen.

Ernsthafte Kritik kann aber nur formulieren, wer über die nötigen Informationen und ein faires Beurteilungssystem verfügt und wer bereit ist, Dinge nicht nur deshalb abzulehnen, weil sie anders oder ungewohnt sind. Ein anderes Land zu verstehen, erfordert intellektuelle Anstrengung. Insofern ist die Lektüre dieses Hefts keine einfache Kost. Aber wer ernst genommen werden will in einer Diskussion, muss vorher lesen, Informationen sammeln, nachdenken und sich ein eigenes Urteil bilden.

1. Die Deutschen und die USA: Ein zwiespältiges Verhältnis

Die Deutschen haben von jeher ein zwiespältiges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Da gibt es viele, die in Amerika eine neue, bessere Welt sehen, wo die Demokratie floriert, wo jeder, der sich nur anstrengt, zu Wohlstand kommt, von wo aus die Welt freier

baren bevölkert ist. Linken gelten Individualismus und Kapitalismus der Vereinigten Staaten als Grundübel aller gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die deshalb bekämpft werden müssen. Die Globalisierung ist in den Augen vieler nichts anderes als eine von den USA gesteuerte Entwicklung, um die Profite der eigenen Konzerne auf Kosten der Entwicklungsländer zu erhöhen.



Bernhard Prinz/Bush und Schröder

und friedlicher gemacht wird. Bisweilen mündet diese positive Einschätzung in eine unkritische Verklärung der USA.

Anderen hingegen sind die Vereinigten Staaten ein Gräuel. Sozialkonservative und Nationalisten, aber auch breite Kreise des Bildungsbürgertums blicken auf die Neue Welt herab, die in ihren Augen von kulturlosen, nur am schnellen Profit orientierten Bar-

Die Stereotype über die Vereinigten Staaten, vor allem die negativen, haben eine lange Geschichte in Deutschland und Europa. Das hängt damit zusammen, dass die Vereinigten Staaten als erste Demokratie der Erde und Land der Moderne traditionelle Gesellschaften wie die europäischen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts immer bedrohten. Die europäischen Eliten, deren Privilegien von ihrer adeligen Geburt oder von den Begünstigungen durch den Monarchen, die Kirche und die Zünfte abhingen, sahen sich durch die amerikanischen Ideale von religiöser Toleranz, politischer Gleichheit, individueller Freiheit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit herausgefordert.

Noch dazu erwiesen sich die USA als politisch, ökonomisch und gesellschaftlich überaus erfolgreich. Nicht nur erkämpften sie ihre Unabhängigkeit gegen Großbritannien, sondern sie verdrängten in den nächsten gut einhundert Jahren auch die anderen europäischen Kolonialmächte Frankreich, Russland und Spanien aus ihrer Hemisphäre und breiteten sich über den

gesamten Kontinent aus. 1890 überflügelten die Vereinigten Staaten Großbritannien als größte Wirtschaftsmacht der Erde. Dutzende Millionen von Europäern, darunter ein Gutteil Deutscher, entflohen Diskriminierung, Armut und Perspektivlosigkeit ihres Kontinents und suchten ihr Glück in der Neuen Welt.

Die verstörten europäischen Eliten reagierten in der Regel mit dem Einzigen, was ihnen angesichts der amerikanischen Erfolgsstory noch blieb: Missgunst, Neid und Herablassung. Schon 1832 charakterisierte Nikolaus Lenau die Amerikaner als „himmelanstinkende Krämerseelen“ und beklagte den Mangel, unter anderem an „Geschmack“ und „geistigem Leben“. Diese Gegenüberstellung von „amerikanischer Materialismus vs. deutsch/europäische Kultur“ zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des deutschen Amerikabildes. Eine kritische Auseinandersetzung mit den USA schlägt dabei oft um in Antiamerikanismus.

Der Antiamerikanismus fußt wie jede abwertende Einstellung gegenüber einem Volk oder einer Nation darauf, dass bestimmte negative Eigenschaften pauschal auf alle Mitglieder dieser Gruppe projiziert werden. Da die Wissenschaft keine Belege für solche Verallgemeinerungen kennt, müssen in der Regel Anekdoten oder Klischees als Begründung herhalten. Treibende Kraft hinter solchen Verzerrungen ist meist der Versuch, eigenes Scheitern oder eigene Schwäche durch die moralische Abwertung einer Gruppe zu kompensieren und/oder diese Gruppe für Fehlentwicklungen im eigenen Land oder in der Welt verantwortlich zu machen. Der oben zitierte Lenau ist ein Paradebeispiel dafür. Er war aus Deutschland nach Amerika gekommen, um schnell reich zu werden. Als er mit seinen Spekulationen scheiterte, waren nicht er selbst oder unglückliche Umstände, sondern sein Gastland und dessen Bewohner schuld.

Die Deutschen schwanken in ihrer Einschätzung der USA historisch stark. Das traditionell negative Amerikabild des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mündete während der Nazi-Herrschaft in unverblümmte Hetze. Die amerikanische Demokratie wurde als „dekadent“, die amerikanische Wirtschaft als „jüdisch kontrolliert“, die amerikanische Kultur als „abartig“ diffamiert.

Die Führung der DDR bedient sich später fast identischer Begriffe, um den „imperialistischen Klassenfeind“ zu beschimpfen. Boogie-Woogie, Jazz, Jeans und Western nannte die ostdeutsche Führung Teil der „amerikanischen Kulturbarelei“. Auch in der Bundesrepublik begegneten vor allem konservative und bürgerliche Kreise der amerikanischen Populärkultur mit Feindseligkeit.

Die USA sind kein weiterer, nur etwas groß geratener Staat Europas, sie sind anders, wollen anders sein.

In großen Teilen, insbesondere der jüngeren Bevölkerung, in West und Ost war die amerikanische Lebensart aber überaus populär. Mit den CARE-Paketen, dem Marshall-Plan, der Berliner Luftbrücke und John F. Kennedys „Ich bin ein Berliner“-Satz stiegen die Sympathiewerte für die USA vor allem in Westdeutschland dramatisch an. Bill Haley, Elvis Presley, James Dean, Marlon Brando und Marilyn Monroe wurden hier ähnlich verehrt wie in Amerika.

Auch waren sich die Westdeutschen bewusst, dass nur die Vereinigten Staaten ihre Sicherheit vor der sowjetischen Bedrohung gewährleisten konnten. Regelmäßig nannte eine Mehrheit bei Meinungserhebungen die USA als wichtigsten Partner der Bundesrepublik.

Während des Vietnamkriegs, der NATO-Nachrüstung und Reagans Präsidentschaft wurden die Verei-

nigten Staaten allerdings wieder zum Ziel scharfer Kritik, jetzt vor allem der politischen Linken.

In der DDR indoktrinierte die SED ihre Bürger systematisch gegen die USA. Über Tarnorganisationen nahmen SED und Stasi Einfluss auf das Amerikabild Westdeutschlands. Zum Teil wurden sogar die Slogans für die westdeutsche Friedensbewegung in Ostberlin entworfen.

Aber in allen diesen Krisen stand die Bundesregierung zu den Vereinigten Staaten. Der Sieg im Kalten Krieg, der ohne das Abfeuern eines Schusses zustande kam, zeigte, dass die Strategie des Westens unter Führung der USA aufgegangen war. Als sich 1989 die Chance für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten bot, unterstützten sie die Vereinigten Staaten früher und nachdrücklicher als die westeuropäischen Partner der Bundesrepublik. Ohne die amerikanische Politik gäbe es ein einheitliches Deutschland wahrscheinlich nicht.

Mit dem Amtsantritt von George W. Bush und insbesondere dem Irakkrieg gerieten die USA aber so stark in die Kritik wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Heute gelten die Vereinigten Staaten vielen als „arrogant“, „militaristisch“, „imperialistisch“, „egoistisch“, stößt ihre Haltung zum Kyoto-Protokoll, zur Todesstrafe, zur Gentechnik, zum Internationalen Strafgerichtshof auf Ablehnung. 1999/2000 gaben 78 Prozent der Deutschen an, ein positives Bild von den USA zu haben. 2002 waren es noch 61 Prozent, 2003 nach dem Irakkrieg nur mehr 25 Prozent.

Dieses Heft will helfen, die USA besser zu verstehen. Das ist nicht immer leicht. Die Vereinigten Staaten funktionieren anders, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gehorchen anderen Gesetzen. Symbole und Sitten bis hin zu den religiösen Bezügen sind vielen Europäern fremd und bedürfen der

Erklärung. Die USA sind kein weiterer, nur etwas groß geratener Staat Europas, sie sind anders, wollen anders sein. Nur wer die Fakten kennt und Antriebskräfte dieser Nation richtig einzuschätzen weiß, kann verhindern, dass er sich ein Zerrbild von Amerika macht.

2. Bushs Wahl: Chaotisch, aber rechtmäßig

Kein amerikanischer Präsident erfuhr in Deutschland so viel Ablehnung wie George W. Bush. Schon vor dem Irakkrieg war er wegen seiner Befürwortung der Todesstrafe und seiner Ablehnung des Kyoto-Protokolls und des Internationalen Strafgerichtshofs äußerst unbeliebt. Oft wurde sogar die Rechtmäßigkeit seiner Wahl angezweifelt.

Tatsächlich waren die Umstände der Präsidentschaftswahlen am 7. November 2000 ungewöhnlich, in einigen Wahlbezirken im Bundesstaat Florida sogar chaotisch. Das war eine Folge des sehr knappen Wahlausgangs und der Probleme beim Auszählen der Stimmen. Die beiden Kandidaten Al Gore (Demokraten) und George W. Bush (Republikaner) lieferten sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen, bei dem die Medien in der Wahlnacht einmal den einen, einmal den anderen zum Sieger erklärten.

In den USA wird jener Kandidat Präsident, der die Mehrheit der 538 Wahlmännerstimmen gewinnt. Jeder Bundesstaat hat dabei so viele Wahlmänner, wie er Vertreter im Kongress stellt. Dazu kommen drei Wahlmänner der Hauptstadt Washington. Wer in einem Bundesstaat die Mehrheit der Stimmen gewinnt, bekommt alle Wahlmänner (Ausnahme: Maine und Nebraska).

Bei den Präsidentschaftswahlen im November 2000 trat nun folgender Fall ein: Nach Auszählung aller Bundesstaaten bis auf einen hat-

ten weder Gore noch Bush eine Mehrheit der Wahlmänner hinter sich. Alles kam auf den letzten Bundesstaat, Florida, an. Florida ist der viertbevölkerungsreichste Staat der USA und hatte 25 Wahlmänner zu vergeben. Nach der Auszählung lag Bush 537 Stimmen vor Gore. Bei sechs Millionen in Florida abgegebenen Stimmen betrug sein Vorsprung weniger als 0,01 Prozent. Ein so knappes Ergebnis löst automatisch eine nochmalige Auszählung aus. Diese wurde dadurch erschwert, dass viele Stimmen nicht eindeutig zuzuordnen und der Wahlzettel in einem Landkreis unübersichtlich war.

Dazu muss man Folgendes wissen: Die Amerikaner wählen, entgegen unserer deutschen Praxis, fast nie durch Ankreuzen eines Kandidaten auf Wahlzetteln. Weil die Bürger am Wahltag meist eine ganze Reihe von Personal- (Präsident, Bundes-Senator, Bundes-Abgeordneter, Gouverneur, Bundesstaats-Senator, Bundesstaats-Abgeordneter, Generalstaatsanwalt und so weiter) und Sachentscheidungen zu treffen haben, wäre eine Auszählung per Hand zu langwierig und zu ungenau.

Mehr als ein Drittel der Amerikaner stimmt deshalb mit Lochkarten (punchcards) ab. Dazu lochen die Wähler ihren Wahlzettel vor oder nach dem von ihnen präferierten Kandidaten und werfen den Zettel in die Urne. Die Lochkarten werden anschließend maschinell ausgewertet. Bei seiner Einführung in den 1960er Jahren war dieses System hochmodern. Bei so knappen Ergebnissen wie im November 2000 in Florida offenbart es aber auch Schwächen: So ist seine Fehlermarge deutlich höher, als es der Stimmen-Abstand zwischen Bush und Gore war. Manche Löcher sind nämlich nicht einwandfrei gestanzt, sondern das Papierstückchen hängt noch in der Karte. Wie eine solche Stimme gewertet werden soll, ist umstritten. In Florida wollte Gore gerichtlich durchsetzen, dass alle Lochkarten nochmals per Hand ausgezählt werden. Bushs Anwälte dagegen argumentierten, damit sei der Willkür Tür und Tor geöffnet. Während nachgezählt wurde, durchliefen die Klagen mehrere gerichtliche Instanzen. Der Eindruck von Konfusion und Chaos machte sich breit.

Erst die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Washington



The Economist, 9. 12. 2000

D.C. 36 Tage nach der Wahl stoppte die Nachzählung. Damit war Bush Sieger in Florida, bekam dessen Wahlmänner und wurde 43. Präsident der USA. Spätere Nachzählungen durch unabhängige Gremien ergaben, dass Bush bei fast allen gewählten Bewertungsverfahren eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Florida gewonnen hätte.

Bush ist der rechtmäßig gewählte Präsident der USA und wird als solcher von der Opposition und den Bürgern vorbehaltlos akzeptiert.

Allerdings gab es noch eine weitere Schwierigkeit: Da in den USA die Landkreise die Stimmzettel gestalten, fallen sie oft unterschiedlich aus. Im Landkreis Palm Beach entwarf der Wahlvorstand, der von einer Parteifreundin Gores geleitet wurde, für die vielen älteren Wähler einen Wahlzettel mit besonders großen Buchstaben. Die Kandidatennamen wurden aber unübersichtlich angeordnet, so dass wohl viele Hundert Wähler irrtümlich für einen anderen Kandidaten als Gore stimmten. Wäre der Wahlzettel übersichtlicher gewesen, hätte Gore wahrscheinlich mehr Stimmen bekommen und Florida gewonnen und wäre damit Präsident geworden.

Nach seinem Sieg in Florida hatte Bush die Mehrheit im Wahlmännergremium. Gore hatte allerdings im gesamten Land 0,5 Prozent mehr der abgegebenen Stimmen gewonnen. Das zählte zwar nicht, und die Diskrepanz zwischen Wählerstimmen- und Wahlmännerergebnis wurde in den USA auch nicht als problematisch empfunden. Viele Europäer fanden dies aber ungerecht, zumal die meisten auf einen Sieg Gores gehofft hatten. Aber auch hierzulande gibt es Wahlregeln, die manchen als ungerecht erscheinen. So sind Parteien oft nicht in Landtage und Bundestage eingezogen, weil sie die 5 %-Hürde um wenige Stimmen

verfehlten. Und in Großbritannien und Frankreich gehen die Stimmen der unterlegenen Parlamentskandidaten wegen der Direktwahl in Wahlkreisen regelmäßig verloren.

Insgesamt ist festzuhalten: Bush ist der rechtmäßig gewählte Präsident der USA und wird als solcher von der Opposition und den Bürgern vorbehaltlos akzeptiert. Sein Sieg war aber wegen der knappen Mehrheiten und der Auszählprobleme in Florida ein zufälliger, genauso gut hätte Gore die Wahl gewinnen können.

Noch ein letzter Gedanke. Oft wundern sich Europäer über die niedrige Wahlbeteiligung in den USA und nehmen dies als Zeichen eines politischen Desinteresses der Bevölkerung. Bei Präsidentschaftswahlen geben seit 1972 nur gut 50 Prozent der Bürger ihre Stimme ab. Diese Zahl muss allerdings in Perspektive gesetzt werden.

Zum einen wird die Wahlbeteiligung in den USA anders berechnet als in Deutschland. In den USA ist es der Anteil von Wählern an der Wohnbevölkerung, in Deutschland der Anteil der Wähler an den Wahlberechtigten. Da in den Vereinigten Staaten viele Menschen ohne Wahlrecht leben (z. B. Immigranten ohne Staatsbürgerschaft, verurteilte Kriminelle), liegt die Wahlbeteiligung allein wegen der Berechnungsmethode drei bis fünf Prozentpunkte unter jener in Deutschland.

Zum anderen muss man sich in den USA extra als Wähler in seinem Landkreis registrieren lassen, um abstimmungsberechtigt zu sein. Das ist notwendig, weil es in den USA keine Personalausweise oder Einwohnermeldeämter gibt. Obwohl die Registrierung leicht ist, unterziehen sich viele Bürger dieser Mühe nicht, zumal sie im Durchschnitt in ihrem Leben mehr als ein halbes Dutzend Mal den Wohnort wechseln.

Schließlich wählen Amerikaner, wie schon angesprochen, sehr viel

häufiger als Europäer, insbesondere Deutsche. Alle zwei Jahre können sie Dutzende Personalentscheidungen auf Bundes-, Einzelstaats- und Gemeindeebene treffen. Dazu kommen viele Sachentscheidungen. Bei den Wahlen im November 2000 gab es zum Beispiel in 43 Bundesstaaten insgesamt 204 Bürgerentscheide. Generell ist die Wahlbeteiligung aber in Demokratien mit einer starken plebiszitären Komponente deutlich niedriger als in rein repräsentativen Demokratien. Die Schweiz, die zweitälteste Demokratie der Welt, mit breiten direktdemokratischen Elementen hat auf Bundesebene zum Beispiel eine Wahlbeteiligung von 40 Prozent. Wahlmüdigkeit ist zudem kein amerikanisches Phänomen: Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 gaben nur 43,5 Prozent der Deutschen ihre Stimme ab.

3. Das Schreckgespenst der „amerikanischen Verhältnisse“

Immer wieder wird in Deutschland abschätzig von „amerikanischen Verhältnissen“ gesprochen, wenn man eine bestimmte soziale oder wirtschaftliche Entwicklung verunglimpfen will. In der Regeln meint man damit, dass das Wirtschaftssystem der USA ungerecht, kalt und unsozial sei. Man malt das Schreckgespenst der Vereinigten Staaten als einer Ellenbogengesellschaft an die Wand, wo sich niemand um die Schwachen kümmert und wo die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird. Schließlich mokieren sich viele Deutsche über die angebliche Unkultiviertheit und Ungebildetheit der Amerikaner und ganz allgemein über ihren Lebensstil. Ein Beispiel für solche unreflektierten anti-amerikanischen Stereotype lieferte die Süddeutsche Zeitung in ihrem Artikel „Zwei Amerikaner in München“ (abgedruckt auf der folgenden Seite).

Mittendrin



Zwei Amerikaner in München

Eine stämmige Blonde in Shorts ruft auf dem Marienplatz „look german, look german!“ Zwei Kinder und ein Mann lächeln in ihre Kamera. Eins der Kinder trägt einen dieser spitzigen Filzhüte, die man zur Wiesnzeit oft an in der Gosse liegenden Australiern sieht. „Gooooorgeous!“ kreischt die Frau nach gelungenem Schnappschuss. Was „german“ ist, fragen wir uns unwillkürlich, und wüssten gern, wie Deutschland und Europa so auf den durchschnittlichen US-Touristen wirken.

Nach dreieinhalb Wochen mit einem jungen Paar, das uns aus Colorado besuchen kommt, wissen wir es. „Unbelievable“ ist das Hofbräuhaus, in das man gleich zwei Mal gehen muss, „crazy“, wie viele Traditionen wir haben, „really neat“, dass wir in so alten Häusern wohnen. Neuschwanstein ist ein voller Erfolg – „it really looks like in the Disney-movie“. Schon bei Linderhof ist das Interesse erlahmt. Schloss Nymphenburg – „well, maybe it's enough to see just the park“ – würde also nur gestreift, die Residenz – „the other castles are prettier from outside“ – ganz ausgelassen. Eine Party mit schwulen Gästen wird nach zehn Minuten verlassen, weil das „religiously“ irgendwie nicht in Ordnung ist. Doch was es nun mit dem religiösen Empfinden so genau auf sich hat, wird uns nicht ganz klar, denn bei einem mehrtägigen Ausflug nach Rom kommt sie dann, die Mutter aller Fragen: „Was St. Peter built before or after Christ?“. Und vor Goethes römischem Domizil werden die Augenbrauen hochgezogen und „Who is Goethe?“ gefragt.

Was deutsch ist, wissen wir immer noch nicht. Aber was amerikanisch ist, auch wenn wir das zuvor nie glauben wollten: ohne mit der Wimper zu zucken einen Doppelten-Viertelpfunder-Cheeseburger-mit-extra-Käse verdrücken und dazu einen Liter Cola verputzen, aber Spaghetti vongole für genau so unzumutbar halten wie den Besuch der Frauenkirche.

Birgit Lutz-Temsch

Süddeutsche Zeitung, 21. 7. 2004, S. 37

In der Tat organisieren die Amerikaner ihre Gesellschaft und ihr Wirtschaftssystem anders als die Deutschen. Sie arbeiten länger und haben weniger Ferien als die

Deutschen, aber sie verdienen und konsumieren mehr. Sie haben eine niedrigere Arbeitslosenquote, aber wechseln häufig ihre Arbeitsstelle. Sie zahlen niedrigere Steuern, aber der Staat gibt weniger für Sozialprogramme aus. Sie glauben daran, dass es jeder zum Millionär bringen kann, akzeptieren aber eine höhere soziale Ungleichheit. Sie essen mehr Fast Food, aber auch mehr Gemüse, trinken weniger Alkohol und rauchen weniger Zigaretten. Sie haben ein Gesamtschulsystem, aber ein breites Spektrum von staatlichen und privaten Colleges und Universitäten.

Ob diese „amerikanischen Verhältnisse“ besser oder schlechter sind als in Deutschland, ist objektiv nicht zu entscheiden. Unterschiedliche Gesellschaften haben nämlich unterschiedliche Präferenzen. Was ein Deutscher als Freiheitsrecht empfindet, etwa das Fahren auf Autobahnen ohne Geschwindigkeitsbegrenzung, halten Amerikaner für gefährlich, ja verrückt. Umgekehrt gilt der Waffenbesitz vielen Amerikanern als Grundrecht, worüber Deutsche oft nur den Kopf schütteln. In den meisten dieser Fragen gibt es also kein Richtig oder Falsch. In einer Demokratie können die Bürger durch die Wahl von Parteien und Abgeordneten oder direkt entscheiden, welche Bedeutung sie solchen Fragen zumessen und welche Regeln gelten sollen.

Man sollte aber alle Fakten über die „amerikanischen Verhältnisse“ kennen, bevor man sie pauschal ablehnt. Genauso sollte man wissen, aus welchen Gründen die USA bestimmte Entscheidungen in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik so getroffen haben, wie sie sie getroffen haben. Im Folgenden werden deshalb einige immer wieder in den Raum gestellte Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft:

Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher in den USA: Tatsächlich haben die 20 Prozent mit den höchsten Ein-

kommen in den Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren überproportional viel verdient, sind also immer reicher geworden. Das hängt damit zusammen, dass sie am Aktienboom besonders stark partizipierten und Leute mit exzellenter Ausbildung besonders gefragt sind in der amerikanischen Wirtschaft. Die 20 Prozent, die die niedrigsten Einkommen haben, sind aber ebenfalls etwas besser gestellt als vor 30 Jahren. Die obige Behauptung ist also falsch. Zwar sind die Reichen reicher geworden. Aber die Armen sind auch ein bisschen weniger arm geworden.

Was stimmt, ist die Aussage, dass die Kluft zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommenschichten größer geworden ist seit 1980. Das ist allerdings Folge der erwähnten überproportionalen Zuwächse der obersten Einkommenschichten, nicht eines absoluten Absinkens der untersten. Auch kann man diese Entwicklung ähnlich, wenn auch nicht so dramatisch, in anderen Staaten beobachten. Sie wird vor allem dadurch verursacht, dass moderne Dienstleistungswirtschaften hohe Anforderungen an die Technologiekenntnisse der Angestellten und Arbeiter stellen. Für die meisten neu geschaffenen Jobs braucht man heute etwa rudimentäre Computerkenntnisse. Wer eine gute Ausbildung hat, profitiert deshalb überproportional. Wer sie nicht hat, fällt zurück.

Auch ist der Anteil von Armen an der Gesamtbevölkerung seit 1973 insgesamt nicht zurückgegangen. Das liegt in erster Linie an der hohen Einwanderung in den USA. In den letzten Jahrzehnten sind nämlich mehr als 20 Millionen Immigranten im Zuge der Familienzusammenführung oder illegal in die Vereinigten Staaten gekommen, vor allem aus Mexiko, Zentralamerika und Asien. Die meisten dieser Einwanderer sind arm, viele ohne Berufsausbildung und mit minimaler Schulbildung. Sie vermehren also die Zahl der armen Haushalte

in den USA. Aber vielen von ihnen gelingt es, durch harte Arbeit und Fortbildung der Armut zu entfliehen.

Nach wie vor schwierig ist die Lage vieler Schwarzer. Zwar haben es seit der Bürgerrechtsgesetzgebung der 1960er Jahre viele in die Mittel- und Oberschicht geschafft und sind heute Professoren, Ärzte, Lehrer oder Unternehmensbosse. Aber die Berufsaussichten junger schwarzer Männer sind nach wie vor schlecht. Überproportional viele geraten auch mit dem Gesetz in Konflikt, vor allem wegen Drogendelikten, Gangaktivitäten und der damit verbundenen Gewaltkriminalität.

Die Gründe dafür sind umstritten und werden in den USA hitzig debattiert. Ghettobildung in den Innenstädten, schlechte Schulen, Rassismus, zerrüttete Familienverhältnisse werden ebenso genannt wie Quotenregelungen für Studium und Beruf, die Angehörigen von Minderheiten Studienplätze und Jobs zusichern und nicht unbedingt ein Leistungsanreiz sind. Am überzeugendsten erscheinen Erklärungen, die auf den vergleichsweise niedrigeren Stellenwert aufmerksam machen, der in vielen schwarzen Familien der Schul- und Universitätsausbildung zugewiesen wird. Ohne gute Ausbildung sind die Beschäftigungs- und Verdienstperspektiven aber schlecht.

Die neuen Arbeitsplätze in den USA sind vor allem Billigjobs:

Eng verbunden mit dem vorherigen Argument ist die Ansicht, dass es vor allem Billigjobs sind, die die USA in den letzten Jahren geschaffen haben. Zunächst die Fakten: Seit Anfang der 1980er Jahre sind in den USA netto etwa 35 Millionen Arbeitsplätze entstanden (+35%). Dagegen kamen in Deutschland nur 5 Prozent neue Arbeitsplätze hinzu.

Die Folge: Während in Deutschland die Arbeitslosenquote in den letzten 30 Jahren stetig anstieg, fiel sie

in den USA deutlich. Den Vereinigten Staaten gelang es, die vielen neu auf den Arbeitsmarkt drängenden geburtenstarken Jahrgänge, Immigranten und Frauen in den Arbeitsprozess zu integrieren. In den USA arbeiten heute 49 Prozent der Bevölkerung, in Deutschland nur 39 Prozent. Dazu arbeiten Amerikaner mit 1904 Stunden pro Jahr ein Fünftel mehr als die Deutschen mit 1557 Stunden. Diese Zahlen widerlegen die These, dass modernen Gesellschaften die Arbeit ausgeht.

Nun zur Qualität der neuen Jobs: In den 1990er Jahren entfielen 60 Prozent der neu geschaffenen 17 Millionen Arbeitsplätze auf das oberste Einkommensdrittel. Das verwundert nicht, wenn man sich die Bereiche ansieht, in denen die meisten Jobs entstanden sind: Einzelhandel, Gesundheits- und Freizeitindustrie, Informationstechnologien.

Die „McDonaldisierung“ des amerikanischen Arbeitsmarktes ist eine doppelte Fiktion.

Die „McDonaldisierung“ des amerikanischen Arbeitsmarktes – also die angebliche Zunahme von Billigjobs – ist eine doppelte Fiktion: Zum einen wurden in allen Einkommensbereichen neue Stellen geschaffen, sogar überproportional in den gut bezahlenden. Zum anderen gilt eine Stelle bei McDonald's als Karriereestieg: Wer dort einen Job hat, weist nach, dass er pünktlich, zuverlässig und freundlich im Team arbeiten kann. Solche Mitarbeiter sind auch in anderen Geschäftsfeldern gesucht. Studien zeigen, dass ein Job bei McDonald's meist als Durchlauferrichter für besser bezahlte Arbeitsplätze dient und Angestellte im Durchschnitt weniger als ein Jahr bei dem Fast-Food-Restaurant arbeiten.

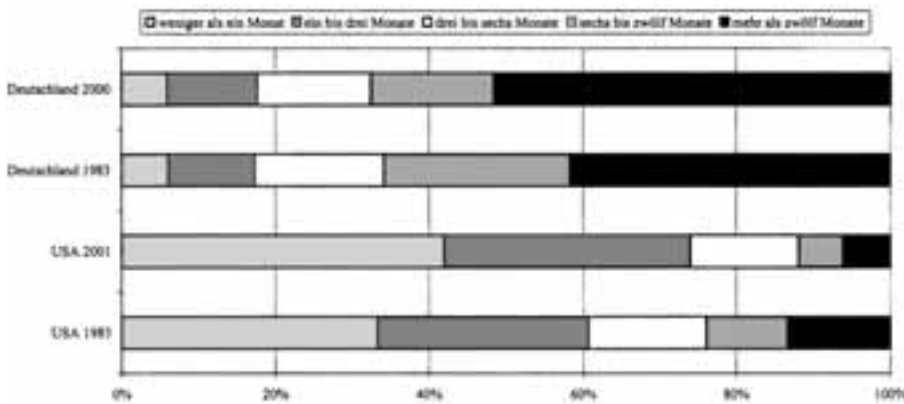
Die USA und Deutschland setzen auch auf unterschiedliche Rezepte,

um mit den Problemgruppen des Arbeitsmarkts umzugehen: den Schul- und Ausbildungsabbrechern, den ungelernten Arbeitern, den Arbeitnehmern über 50, die ihren Job verloren haben. In den USA können auch sie in der Regel Arbeit finden, wenn auch niedrig bezahlt. Oft unterstützt sie der Staat durch Lohnzuschüsse. In Deutschland gelten sie als „schwer vermittelbar“ und werden häufig zu Dauerarbeitslosen oder Frührentnern. Welcher der bessere Weg ist, muss jede Gesellschaft für sich entscheiden.

In den USA herrscht das Hire-and-Fire-Prinzip:

Daran ist richtig, dass es in den USA keinen allgemeinen Kündigungsschutz für Arbeitnehmer gibt. Neun von zehn Arbeitern sind bei Unternehmen ohne kollektive Tarifverträge beschäftigt und können mit einer Kündigungsfrist von 14 Tagen ohne Angaben von Gründen entlassen werden. Allerdings genießen viele Arbeiter aufgrund von Antidiskriminierungsgesetzen einen gewissen Kündigungsschutz.

Auch ist ein entlassener Mitarbeiter wegen des flexiblen Arbeitsmarktes im Durchschnitt nur drei Monate ohne Job. Zum einen ist es bei einer Arbeitslosenrate, die in den letzten zehn Jahren zwischen 3,9 und 6,5 Prozent lag, leichter, einen neuen Job zu finden, als in Deutschland mit einer fast doppelt so hohen Quote. Zum anderen scheuen sich amerikanische Unternehmen weniger als deutsche, neue Arbeiter einzustellen, weil sie diese meist unbürokratisch wieder entlassen können. Schließlich sind Arbeitslosengeld und Sozialhilfe in den USA niedriger und werden kürzer gewährt als in Deutschland. Dadurch sind Arbeitslose gezwungen, fast jeden angebotenen Job anzunehmen. In Deutschland geht es Leuten, die ihren Job verloren oder nie einen gefunden haben, finanziell besser. Aber sie haben es viel schwerer als in den USA, jemals wieder Arbeit zu bekommen.



Grafik 1: Dauer von Phasen der Arbeitslosigkeit im Vergleich – Angaben in Prozent
Quelle: Olaf Gersemann: Amerikanische Verhältnisse, München 2004, S. 244

Dies ist vor allem im Zeitalter der Globalisierung ein Problem. Einerseits stellt sie das größte Wohlstandsprogramm der Menschheitsgeschichte dar und hat in den letzten 20 Jahren Dutzende Millionen von Menschen aus der Armut geführt, vor allem in China, Indien und Südostasien. Auch profitieren die gut ausgebildeten Arbeitnehmer in den Industrieländern davon, weil die von ihnen produzierten hochwertigen Güter und Dienstleistungen immer leichter auf der ganzen Welt verkauft werden können.

Andererseits erhöht sich der Druck auf ungelernte und schlecht ausgebildete Arbeiter in den Industrieländern, vor allem, wenn sie verhältnismäßig hohe Löhne beziehen. Ihre Arbeitsplätze werden oft wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert. Alle Industriestaaten stehen hier vor demselben Problem. Nur ihre Antworten fallen anders aus: Während die USA den Betroffenen einen Wiedereinstieg in den Arbeitsprozess auch über niedrig bezahlte Jobs ermöglichen, werden sie in Deutschland oft zu Dauerarbeitslosen: In den USA finden 70 Prozent der Arbeiter, deren Job ins Ausland verlagert wurde, innerhalb von sechs Monaten einen neuen Arbeitsplatz, in Deutschland nur 40 Prozent.

In den USA gibt es keinen Krankenversicherungsschutz: Die USA kennen keine Krankenversicherungspflicht. Es gibt dort auch

keine Personalausweise und Einwohnermeldeämter. Obwohl sich die Vereinigten Staaten mehr Geld für das Gesundheitssystem ausgeben als jede andere Nation, sind 15 Prozent oder etwa 40 Millionen Personen ohne Krankenversicherung. Dabei sind es nicht die Alten, Armen und Behinderten, die ohne Versicherungsschutz sind. Sie werden von den staatlichen Krankenversicherungen „Medicare“ und „Medicaid“ versorgt. Auch die meisten Angestellten bei Großunternehmen sind über ihren Betrieb krankenversichert. Hauptproblemgruppe sind die Mitarbeiter kleiner Unternehmen oder Selbständige, die keine Krankenversicherung für sich oder ihre Angehörigen haben.

Viele bleiben allerdings freiwillig unversichert. So lebte 2001 ein Drittel der Unversicherten in Haushalten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 50.000 Dollar. Auch junge gesunde Menschen wollen sich oft das Geld für eine teure Krankenversicherung sparen. Insgesamt stellt die medizinische Versorgung für Millionen von Amerikanern, die zu viel verdienen, um unter die staatlichen Programme zu fallen, jedoch zu wenig, um sich eine Privatversicherung leisten zu können, ein gravierendes Problem dar. Zwar wird jeder unversicherte Bürger in der Notfallaufnahme der öffentlichen Krankenhäuser versorgt, aber gerade die Prävention und nicht-akute Leiden werden vernachlässigt.

Das amerikanische Bildungssystem ist schlecht: Immer wieder wird behauptet, Amerikaner seien weniger gebildet als Deutsche. Der Artikel aus der Süddeutschen Zeitung (auf Seite 7) macht sich darüber lustig, dass zwei Besucher aus den USA Goethe offenbar nicht kennen. Ob ein deutscher Florida-Tourist mit dem Namen Faulkner etwas anfangen könnte, sei dahingestellt.

In der Tat weist das amerikanische Bildungssystem Mängel auf, vor allem in den öffentlichen Schulen armer Gemeinden und Schulbezirke in ärmeren Bundesstaaten. Diese Schulen finanzieren sich vornehmlich aus lokalen Steuern und Zuschüssen des Bundesstaats. Das Hauptproblem ist aber nicht unbedingt Geldmangel, sondern – ähnlich wie den Wahlen – die starke basisdemokratische Ausrichtung, konkret: dass jeder Schuldistrikt autonom und unabhängig über die Prüfungen, das Lehrpersonal und bis zu einem gewissen Grad den Lehrplan entscheiden darf. Ohne verbindliche einzelstaatliche oder landesweite Standards gibt es aber große Unterschiede in der Qualität der Schulausbildung in den USA.

Trotzdem sollten sich die Deutschen vor Hochmut hüten: Die „Pisa“-Studie der OECD, die 2001 die Leistungsfähigkeit 15-jähriger Schüler gemessen hat, ergab, dass die USA bei Lese- und Mathematikkompetenz deutlich vor der Bundesrepublik lagen. Dabei hing die Lesekompetenz in Deutschland signifikant stärker vom sozioökonomischen Status der Eltern ab als in den USA: Kommt ein Kind in Deutschland aus einem Elternhaus mit niedrigem Einkommen und geringer Bildung, dann tut es sich in der Schule deutlich schwerer beim Lesen als bei gleichen Bedingungen in den USA. Für beide Länder bringt die Pisa-Studie keine beruhigenden Ergebnisse, aber für Deutschland sind sie schlechter als für die USA.

Auch lassen sich die Amerikaner ihre tertiären Bildungseinrichtungen

Typisch deutsch

Die gefühlte Amerikanisierung / Von Eric T. Hansen

Vor einiger Zeit begegnete ich einem 20-jährigen Mädchen, und wie man das so macht mit hübschen 20-jährigen Mädchen, sprachen wir von der deutschen Seele. Es war in Passau in einer Studentenbude, die mit amerikanischen und deutschen Filmplakaten gepflastert war. Als sie erfuhr, dass ich amerikanischer Journalist bin, gestand sie: „Ich fühle mich zutiefst amerikanisiert.“ Es schwang Bitterkeit in ihrer Stimme, als ob sie schon in der Wiege ihrer natürlichen Kultur beraubt worden sei.

Den Spruch von der Amerikanisierung Deutschlands höre ich seitdem immer wieder. Neulich ist sogar das Buch zum Spruch erschienen: Michael Rutschkys „Wie wir Amerikaner wurden“, das die surreale Behauptung beinhaltet, „Deutschland hat seine Seele verloren“.

Diese Angst ist natürlich nicht neu. 1968 hieß es „Kulturimperialismus“, und im Dritten Reich fürchtete man „Überfremdung“ und ließ Jazz verbieten. (...)

Was man hier als „amerikanische Kultur“ kennt, ist in Wirklichkeit amerikanische Exportkultur, und die ist wie chinesisches Essen: Man findet es auf der ganzen Welt, und überall schmeckt es ähnlich – nur zu Hause in China nicht. (...)

Dabei ist Exportkultur durchaus kein Monopol der USA. Amerika beherrscht zwar das deutsche Kino, ist aber in anderen Bereichen erstaunlich unterrepräsentiert. Bei den 20 bestverkauften CDs von 2003 waren laut Amazon.de nur drei Amerikaner dabei. Auf der jüngsten Spiegel-Bestsellerliste kommt bezeichnenderweise nur ein Titel aus Deutschland, aber von den 19 ausländischen stammten nur vier von amerikanischen Autoren.

Die USA scheint nur deswegen das kulturelle Leben Deutschlands zu dominieren, weil die Amerikaner sich mit auffälligem Showmanship vermarkten. Neben den 1650 Hamburger-

Restaurants in Deutschland gibt es etwa 12 000 Döner-Läden und 23 000 italienische Restaurants. Doch niemand spricht von der Italiensierung Deutschlands.

Im Übrigen liebt Amerika ausländische Kultur genauso wie die Deutschen. (...)

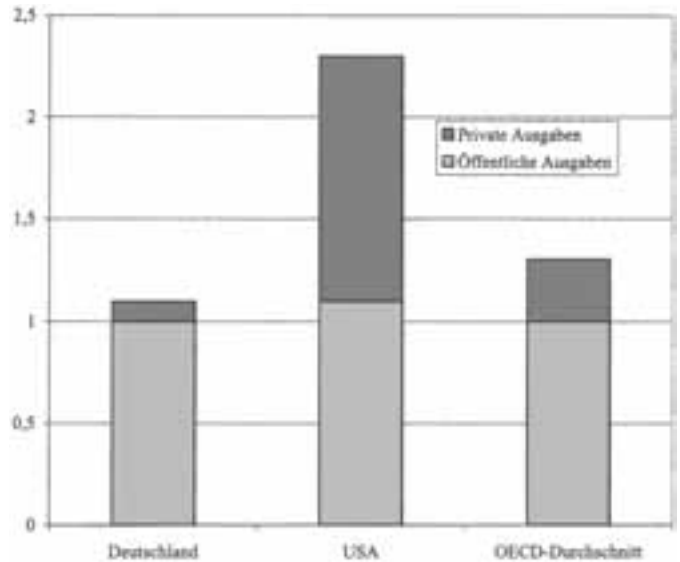
Amerikas größtes Möbelhaus ist schwedisch, sein größter Verlag ist deutsch und das am weitesten verbreitete Spielzeug – die PlayStation – japanisch. (...)

Deutsche Erwartungen an die Allgemeinbildung, die Kirche, den Staat, das Sozialwesen sind anders als die eines Amerikaners. In Deutschland ist es unchristlich, den Schwächeren nicht unter die Arme zu greifen; in Amerika ist es unmännlich, vom Staat zu leben. Die Deutschen finden Sinn in der Kritik und der Verweigerung; die Amerikaner sehen Sinn nur im Tun. Die amerikanische Einstellung zu Krieg wurde von dem „Chamberlain“-Gedanken geprägt, „das nächste Mal fangen wir den Krieg nicht an“.

Allein der Satz „Ich bin amerikanisiert worden“ ist der beste Beweis dafür, dass der Sprecher noch seine „deutsche Seele“ hat. Ein Amerikaner würde nie auf so eine Idee kommen. Absurd der Gedanke, dass er beim Kauf eines BMW grübelt, „Oh Gott, werde ich germanisiert?“ Keine amerikanische Mutter verbietet ihrem Kind Grimms Märchen, aus Angst, das Kind könne deutsch werden. Ich bin auf Hawaii groß geworden und aß als Kind mehr Chow Mein, Sushi und Li Hing Mui als Hamburger. Doch nie hätte ich bezweifelt, Amerikaner zu sein. Ich lebe seit 20 Jahren in Deutschland, spreche Deutsch, träume Deutsch, doch ich bilde mir nicht ein, deutsch zu sein – oder gar meine Seele verloren zu haben.

Die eigene Identität in Frage zu stellen, das ist einfach . . . typisch deutsch.

Der Autor ist amerikanischer Journalist und lebt in Berlin.



Grafik 2: Ausgaben für tertiäre Bildungseinrichtungen in Prozent des Bruttoinlandprodukts, 1999
Quelle: Gersemann, S. 251

doch nicht vom Staat, sondern wird durch Studiengebühren bestritten.

Dadurch können amerikanische Universitäten eine intensive Betreuung der Studenten durch die Professoren, kleine Seminare und eine sehr gute Ausstattung mit technischen Geräten und Büchern anbieten.

Studiengebühren werden in Deutschland oft als unsozial abgelehnt. Allerdings existiert in den USA ein breites und

Der Vorwurf, Studiengebühren hielten junge Leute vom Studieren ab und benachteiligten Kinder aus einkommensschwachen Familien, mag im Einzelfall zutreffen. Der Vergleich mit der Bundesrepublik zeigt aber, dass auch ein staatlich finanziertes System solch unerwünschte Entwicklungen nicht vermeidet. So studieren in den USA nicht nur deutlich mehr junge Leute eines Jahrgangs an Colleges und Universitäten als in Deutschland. Vielmehr erhält auch ein viel höherer Anteil der Kinder aus den einkommensschwächsten Haushalten eine tertiäre Ausbildung. Das amerikanische Schul- und Ausbildungswesen ist nicht perfekt, aber es produziert mehr Chancengleichheit als das deutsche.

Schließlich erzeugt die staatliche Finanzierung der tertiären Ausbildung in Deutschland ein Gerechtigkeitsproblem. Da alle Bürger Steuern zahlen, die Fachhochschulen und Universitäten aber stark überproportional von Akademikerkindern besucht werden, findet eine Umverteilung von Schlechter auf Besserverdienende statt. Jeder Arbeiter finanziert die Ausbildung von Studenten mit, die wegen ihres Studiums später ohnehin mehr verdienen, während seine Kinder ihre Ausbildung zum Meister selbst bestreiten müssen.

Süddeutsche Zeitung, 13. 7. 2004, S. 11

gen mehr kosten als die Deutschen. Während Deutschland 1,1 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Fachhochschulen und Universitäten aufwendet, geben die USA mehr als doppelt so viel für ihre Colleges und Universitäten aus. Etwa die Hälfte davon kommt je-

gut organisiertes Stipendienwesen für besonders talentierte, benachteiligte oder aus anderen Gründen förderungswürdige Studenten. Andere Studenten erhalten subventionierte Kredite, die sie nach Abschluss ihrer Ausbildung zurückzahlen.

4. „Das Imperium der Freiheit“ – was die USA antreibt

Als die 13 nordamerikanischen Kolonien 1776 ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erklärten und elf Jahre später die Vereinigten Staaten von Amerika gründeten, gab es keine andere Demokratie auf der Welt. Die Verfassungsväter wussten, wie revolutionär ihre Ideen waren. Sie gründeten die Vereinigten Staaten als direkte Zurückweisung Europas, wo Könige und Fürsten ohne Kontrolle durch die Bürger herrschten. Die USA sollten kein weiterer „normaler Staat“ sein.

Die Gründerväter wollten vielmehr eine neue Regierungsform errichten. Einer der wichtigsten von ihnen, Thomas Jefferson, drückte nur eine unter seinen Landsleuten weit verbreitete Stimmung aus, als er davon sprach, dass die Vorsehung die Vereinigten Staaten aus-

erkoren habe, „ein Imperium der Freiheit“ zu schaffen. Und der einflussreiche Poet Ralph Waldo Emerson schrieb im 19. Jahrhundert ganz in diesem Sinne, Amerika sei „ein Leuchtturm, der der ganzen Welt die Wege der menschlichen Bestimmung weist“ (a beacon lighting for all the world the paths of human destiny).

Dieser Glaube an eine historische Mission ist bis heute tief in die amerikanische Psyche eingegraben. Europa stand für Krieg, Machtpolitik, Tyrannei und Unterdrückung, Amerika für Frieden, Freiheit, Demokratie und Ideale. Dieser Exzeptionalismus kulminierte in der Ansicht, dass es die Bestimmung der USA sei, der Welt als Vorbild zu dienen und ganz Nordamerika mit den eigenen zivilisatorischen Errungenschaften zu beglücken. Ein solches exzeptionalistisches Selbstverständnis konnte sich nur in einem Land entwickeln, das ohne bedrohliche

Nachbarn war und sich nicht in die Niederungen zwischenstaatlicher Machtpolitik begeben musste.

Nachdem die kontinentale Expansion Ende des 19. Jahrhunderts abgeschlossen war, wollten die Vereinigten Staaten den „American way of life“ auch in andere Länder tragen. In den Ersten Weltkrieg (1914–1918) traten sie 1917 erst nach langem Zögern und mit dem Schlachtruf „Der Krieg, um alle Kriege zu beenden“ ein. Ihr Präsident Woodrow Wilson versprach, eine neue Epoche von Demokratie und Frieden einzuleiten. Hatten sich die USA nämlich erst einmal zu internationalem Engagement durchgerungen, so mussten sie die Gerechten belohnen und die Sünder bestrafen.

Mit wenigen Ausnahmen nutzten amerikanische Präsidenten deshalb immer wieder moralische Kategorien, um Freunde und Gegner

America Abroad

Some ideas that have shaped U.S. foreign policy

■ **1900: Open Door Policy** rejects efforts to carve up China or restrict its ports

■ **1901-09: Gunboat Diplomacy** used by Theodore Roosevelt to exert U.S. influence and deter Europeans from Americas

■ **1917: Making the world safe for democracy** is Woodrow Wilson's rationale for entering World War I

■ **1919-20: Isolationism** rises as U.S. shuns League of Nations; Wilson championed

■ **1930: Protectionism** reflected in Smoot-Hawley tariff bill

■ **1932-3: Good Neighbor Policy** of Herbert Hoover and Franklin Roosevelt forswears armed intervention in Latin America

■ **1941: FDR** looks to a world with **Four Freedoms**: of speech, of worship, from want and from fear—meaning deep arms reduction

■ **1947: Containment** of Soviet power by counterforce is urged by George F. Kennan; later, notion of **mutually assured destruction** helps keep U.S.-Soviet relations peaceful

■ **1947: Truman Doctrine**, focused on Turkey and Greece, says U.S. will back free peoples resisting armed minorities or outside pressures

■ **1948: Secretary of State George C. Marshall** implements **Marshall Plan** that sets out to lift Europe from postwar poverty

■ **1957: Eisenhower Doctrine** offers U.S. aid to any Mideast country threatened by communism

■ **1960s: Domino theory** and vow by John Kennedy to “bear any burden, pay any price” for freedom motivate U.S. to fight Vietnam war

■ **1969-76: Realpolitik** of Henry Kissinger leads to opening with China, détente with Soviets

■ **Late 1970s: Human rights** guides foreign policy in Carter years

■ **Mid-1980s: Reagan Doctrine** aids insurgents fighting leftist governments in Central America, Africa and Afghanistan

■ **1990: New World Order** of superpower cooperation declared by George H.W. Bush after Iraq invades Kuwait

■ **2001-2003: “Lewis Doctrine”** calls for seeding democracy in failed Mideast states to defang terrorism

Photographs: Roosevelt/Wilson, Kennan, Marshall, Reagan/CGPBC; Lewis/ZUMA Press

zu identifizieren. Als die Sowjetunion im Kalten Krieg Feind Nr. 1 war, reichte es nicht aus, den Konflikt mit dem Kampf um Einfluss- und Herrschaftszonen zu erklären. Nicht nur die aggressive UdSSR musste eingedämmt, sondern auch die zugrunde liegende Ideologie – der Kommunismus – bekämpft werden. Reagans Wort von der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ (evil empire) sollte nach den langen Jahren der Entspannungspolitik wieder die Frage nach Richtig und Falsch in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken. Auch genügte es im Golfkrieg 1990/91 nicht, dass George H. W. Bush das amerikanische Eingreifen gegen den Irak mit strategischen und wirtschaftlichen Argumenten begründete. Saddam Hussein musste als „schlimmer als Hitler“ bezeichnet werden, um den Einsatz vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Mit dem Bösen konnte es auch keinen Kompromiss geben, sonst würde man sich nur anstecken. Wer es wagte, „Gottes eigenes Land“ herauszufordern, musste damit rechnen, seinen ganzen Zorn zu spüren zu bekommen.

Zugrunde lag und liegt diesem amerikanischen Exzeptionalismus eine einzigartige Sichtweise der internationalen Politik. Die USA halten von Menschen geschaffene Institutionen für verbesser-, ja für perfektionierbar. Friede ist deshalb der Normalzustand und Konflikt eine Verirrung. Im europäischen Staatensystem dagegen wurde Konflikt immer als der Naturzustand gesehen und Harmonie als Ausnahme.

Oft neigten Amerikaner dazu, die Realität des Konflikts zwischen Nationen in Europa nicht anzuerkennen. Differenzen zwischen Staaten waren in ihren Augen unnatürlich. Hindernisse konnten überwunden und Frieden und Harmonie erreicht werden, wenn man nur bereit war, an einer Lösung der Konflikte zu arbeiten. „Macht“ war für sie nicht die Grundsubstanz der internationalen Politik oder ein In-

strument klassischer Diplomatie, Macht war schlecht und meistens unnötig. Macht ging immer mit der Gefahr einher, dass man sie missbrauchte. Nur im Kampf gegen das Böse durfte sie überhaupt legitim eingesetzt werden.

Europäer fühlen sich oft unbehaglich angesichts des moralischen Sendungsbewusstseins der „ausgewählten Nation“. Häufig wird die Verbindung von idealistischer Rhetorik und Interessenpolitik als heuchlerisch interpretiert. Für die meisten Außenpolitiker der USA und den Großteil der amerikanischen Bevölkerung fallen Moral und Macht aber zusammen, ist das eine ohne das andere nicht denkbar. Sie legitimieren sich gegenseitig. Dieses unterschiedliche Herangehen an internationale Politik erklärt zum Teil auch die Spannungen zwischen den USA und Westeuropa vor dem Irakkrieg im Frühjahr 2003.

5. Vom 11. September 2001 zum Irakkrieg

Die Anschläge vom 11. September 2001, denen fast 3000 Menschen zum Opfer fielen, waren eine traumatische Erfahrung für die USA. Zum ersten Mal seit 1814, als die britischen Truppen im Krieg mit

der jungen amerikanischen Republik die Hauptstadt Washington nieder brannten, erlebten die Amerikaner wieder einen Angriff auf ihr Festland. Dieser größte Terroranschlag in der Geschichte hat dazu geführt, dass sich die USA im Kriegszustand fühlen und mit großer Energie in die Außenpolitik stürzen.

Der Krieg gegen die Drahtzieher des Terroranschlags, Osama bin Laden und seine Al-Khaïda-Organisation, und die fundamentalistischen Taliban, die ihnen in Afghanistan Unterschlupf und Trainingsmöglichkeiten boten, wurde von den Vereinten Nationen als völkerrechtlich zulässiger Akt der Selbstverteidigung akzeptiert. Nach der Beendigung der Taliban- und Al-Khaïda-Herrschaft in Afghanistan trieb die Bush-Regierung ihre außenpolitische Neuorientierung voran. Die ersten Ergebnisse machte der Präsident am 28. Januar 2002 in seiner Rede zur Lage der Nation öffentlich. Darin identifizierte er nicht nur den Irak, Nordkorea und den Iran wegen ihres Strebens nach Massenvernichtungswaffen als „Achse des Bösen“ (axis of evil), der die USA in Zukunft besondere Aufmerksamkeit schenken würden, sondern er überführte den Anti-Terrorkrieg auch in seine nächste Phase. In ihr soll es nun nicht mehr allein um



The Economist, 14. 6. 2003

die Bestrafung der Verantwortlichen für die Anschläge vom 11. September 2001 und die Verhinderung neuer Attacken gehen. Vielmehr wollen die USA dem islamistischen Terrorismus durch eine Demokratisierung der arabisch-muslimischen Region seinen Nährboden entziehen.

In einer deutlichen Ausweitung der bisherigen Mission erklärte Bush zudem, die Vereinigten Staaten würden es nicht erlauben, dass „die gefährlichsten Regime der Welt [sie] mit den zerstörerischsten Waffen der Welt bedrohen“.

Im Frühjahr 2002 erhob die Bush-Regierung einen Regimewechsel in Bagdad zum Testfall für diese Politik. Seitdem ist das Ansehen der USA massiv gesunken. So ergab eine im November 2003 veröffentlichte Umfrage des Eurobarometer, dass 68 Prozent der Europäer (u. a. 96 % in Griechenland, 81 % in Frankreich, 72 % in Deutschland, 51 % in Großbritannien) den Irakkrieg für ungerechtfertigt hielten. Bei der Frage, von welchem Land die größte Bedrohung für den Weltfrieden ausgehe, landeten die USA zusammen mit dem Iran und Nordkorea mit 53 Prozent nach Israel (59 %) auf Platz 2. Legitime Kritik verschmilzt dabei oft mit tiefen Ressentiments gegenüber Amerika.

In einer anderen Umfrage kurz vor dem Irakkrieg gaben mehr als 60 Prozent der Deutschen an, sie sähen in US-Präsident George W. Bush eine größere Gefahr für den Weltfrieden als im irakischen Diktator Saddam Hussein. Damit unterschieden sie sich zwar nicht sehr von den Bevölkerungen anderer europäischer Nationen. Aber in Deutschland ist eine solche Einstellung besonders pikant, wie der Publizist Richard Herzinger treffend feststellt: Schließlich entledigten sich die Deutschen des Diktators Hitler nicht selbst und schufen die Demokratie nicht aus eigener Kraft, sondern beides ermöglichten erst amerikanische Truppen und die Besetzung des Landes

durch die USA. Diesen Makel will ein Teil der Deutschen offenbar überwinden, indem er, wie Herzinger formuliert, „die moralischen Motive der einstigen Sieger- und Besatzungsmacht in Zweifel zieht und damit deren Anteil an der demokratischen Läuterung der Deutschen nach 1945 zu minimieren versucht“.

Dies soll nicht heißen, dass es nicht wohlbegründete Argumente gegen das amerikanische Vorgehen gegen den Irak gab. Die wichtigsten lauteten: Nach dem Sieg gegen die Armee Saddam Husseins könnten sich Chaos im Land verbreiten, die staatlichen Ordnungsstrukturen zerfallen und eine Situation eintreten, in der islamische Fundamentalisten eine neue Operationsbasis erhielten. Dazu würde

Der Irakkrieg ist also schwerer zu beurteilen, als die Anhänger von Formeln wie „Nie wieder Krieg“, „Kein Blut für Öl“ oder „Freiheit für den Irak“ wahrhaben wollen.

die amerikanische Militäraktion von vielen Arabern als neokolonialistische Invasion gesehen. Schließlich könnte der Krieg zu einer Radikalisierung in der Region führen und Al Khaïda Freiwillige in die Arme treiben.

Wie die Befürworter einer Militäraktion gegen den Irak diese guten Gründe zur Kenntnis zu nehmen haben, so müssen sich die Kriegsgegner allerdings auch mit den Argumenten der anderen Seite auseinandersetzen. Ihre besten waren: Saddam Hussein verstieß seit zwölf Jahren gegen die völkerrechtlich verbindlichen Auflagen, die er bei der Kapitulation im Krieg gegen die Koalitionstreitkräfte 1991 unterzeichnet hatte und die ihm vom UN-Sicherheitsrat später gemacht wurden. Vor allem wies er nie nach, seine chemischen und biologischen Waffenprogramme beendet und seine Bestände

vernichtet zu haben. Bis zuletzt behinderte Hussein die Arbeit der Inspektoren und versuchte, sie zu täuschen. Außerdem könne die Beseitigung des Despoten und seines Terrorregimes und der Aufbau eines demokratischen und wirtschaftlich prosperierenden Irak ein Beispiel setzen, dass die arabisch-muslimischen Staaten nicht dauerhaft in einer Spirale aus autoritärer Herrschaft, Armut, Perspektivlosigkeit und Radikalisierung gefangen seien.

Welche Gründe die besseren sind, ist noch nicht endgültig entschieden. Beide Seiten haben ihrer Sache allerdings schwer geschadet: Dass US-Präsident Bush sich sehr früh auf einen Militärschlag gegen den Irak festlegte, an diesem unachgiebig und ohne einwandfreies völkerrechtliches Mandat festhielt und als Kriegsgrund vor allem die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen nannte, erwies sich im Nachhinein als schwerer Fehler. Die Veröffentlichung von Bildern über die Misshandlungen und Folterungen irakischer Kriegsgefangener durch US-Soldaten Anfang Mai 2004 beschädigten die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik im Irak dramatisch.

Aber auch die Kriegsgegner erwiesen ihrer Sache Bärendienste: So entbehrten die Argumente, die USA wollten mit dem Krieg nur die Kontrolle über das irakische Öl an sich reißen oder die Profite einiger ihrer Großunternehmen steigern, jeder Grundlage. Auch konnten die Kriegsgegner zu keinem Zeitpunkt überzeugende Alternativen aufzeigen, wie man auf die dauernden Verstöße gegen das Völkerrecht und die brutalen Menschenrechtsverletzungen Husseins reagieren sollte. Hätten sich Frankreich, Russland und Deutschland mit ihrer Haltung durchgesetzt, würde der Despot noch immer in Bagdad herrschen.

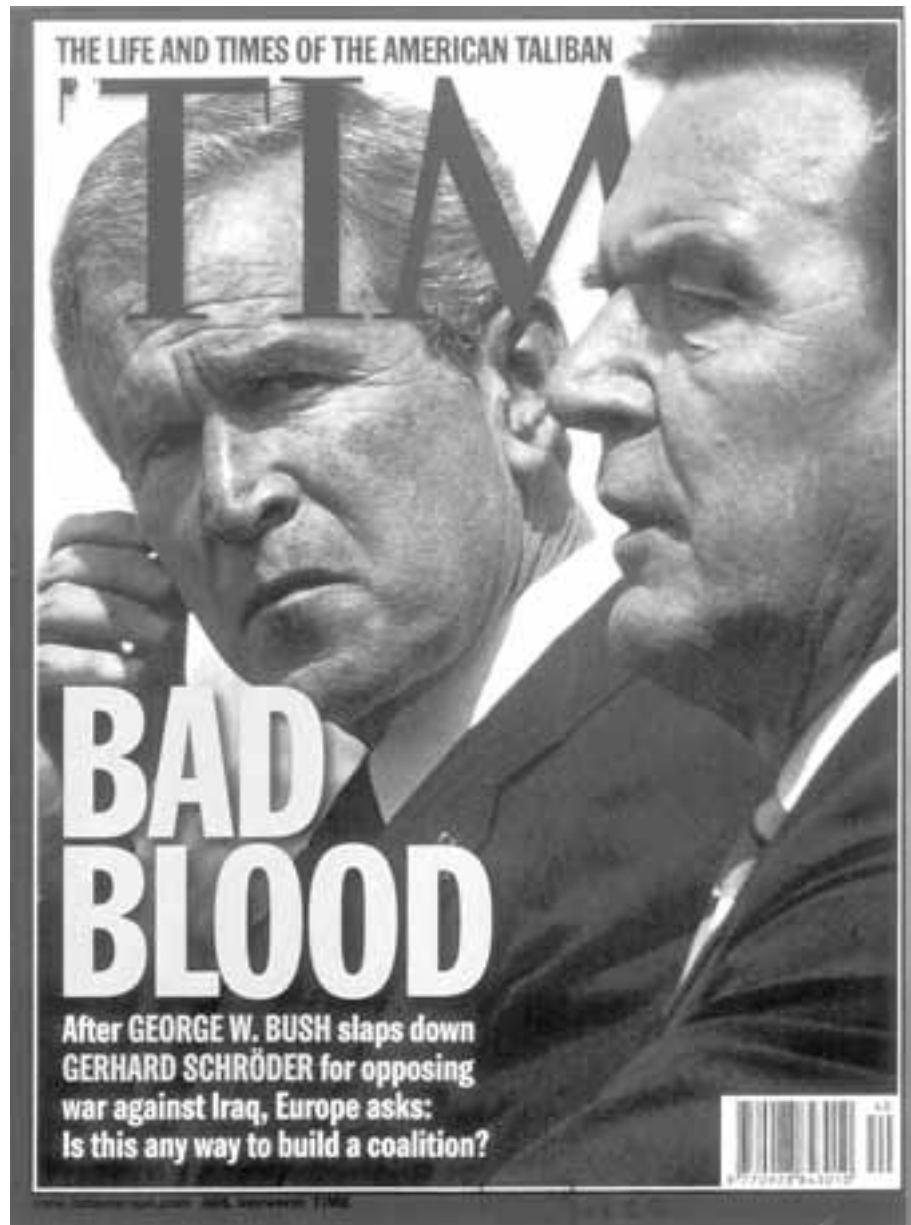
Der Irakkrieg ist also schwerer zu beurteilen, als es die Anhänger von Formeln wie „Nie wieder Krieg“, „Kein Blut für Öl“ oder

„Freiheit für den Irak“ wahrhaben wollen. Wie so oft in der Politik gab es auch in der Irakkriegsfrage nur die Wahl zwischen zwei schlechten Möglichkeiten: Den Diktator mit Waffengewalt, die auch Unschuldige tötet, von der Macht zu vertreiben oder nichts zu tun und zu akzeptieren, dass er sein auf Unterdrückung, Verfolgung und Mord aufgebautes Terrorregime fortsetzt.

6. Die transatlantischen Beziehungen in der Krise

Der Irakkrieg hat das Ansehen der USA in Deutschland und Europa auf den tiefsten Punkt seit den späten 1940er Jahren stürzen lassen. Zum ersten Mal widersetzte sich eine deutsche Bundesregierung öffentlich einer außenpolitischen Aktion Washingtons. In den USA begegnet man den alten Verbündeten in Westeuropa zunehmend mit Skepsis und Unverständnis.

Trotz oberflächlicher Angleichung der Lebensstile durch McDonald's, Movies und Madonna werden sich Amerikaner und Europäer immer fremder.



Titelbild des Time-Magazine (Europaausgabe) vom 7. 10. 2002

Seit dem Ende des Irakkriegs bemühen sich zwar beide Seiten, ihren Streit ad acta zu legen und Harmonie zu demonstrieren. Aber tief greifende Differenzen bleiben bestehen. Das hat trotz aller persönlichen Antipathien nicht in erster Linie mit den Politikern Bush und Schröder zu tun. Vielmehr brauchen sich beide Seiten des Atlantiks heute weniger als zu den Zeiten des Kalten Kriegs. Damals war die Bundesrepublik auf den Schutz der amerikanischen Streitkräfte angewiesen, weil eine expansive Sowjetunion mit riesigen Truppenverbänden an der westdeutschen Ostgrenze stand. Gleichzeitig brauchten die USA die

Bundesrepublik wegen ihrer strategischen Lage und ihrer Ressourcen als Verbündeten bei der Eindämmung Moskaus. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion ist diese Gefahr verschwunden. Deutschland und die USA sind heute nicht mehr im selben Maß aufeinander angewiesen wie damals.

Es ist beiden Seiten nicht gelungen, den strategischen Konsens, der sie in den Jahren des Kalten Kriegs verband, am Leben zu erhalten. Während die Amerikaner sich vor allem nach dem 11. September 2001 mit neuer Verve in

die Weltpolitik stürzen und den Globus nach ihren Prinzipien umgestalten wollen, widmen sich die Europäer Projekten wie dem Verfassungsvertrag und der Osterweiterung. Nach wie vor endet ihr außenpolitischer Horizont meist an den Grenzen der Union. Europäische Konzepte für den palästinensisch-israelischen Konflikt, den Krisenherd Kaschmir oder gegen die nukleare Drohpolitik Nordkoreas gibt es allenfalls in Ansätzen.

Zwar hat die EU im Dezember 2003 nach zehnjährigen Überlegungen ihre erste Sicherheitsdoktrin verabschiedet, die die Ge-



The Economist, 5. 6. 2004

fahren des 21. Jahrhunderts ähnlich beschreibt wie die amerikanische. Aber was die Mittel anlangt, mit denen die Welt sicherer gemacht werden soll, unterscheiden sich die beiden Seiten des Atlantiks deutlich. Die USA setzen auf Raketenabwehr und Heimatverteidigung und sind notfalls bereit zu militärischer Präemption und gewaltsamen Regimewechseln. Die EU bevorzugt dagegen multilaterale Kontrollmechanismen, Diplomatie, präventive Maßnahmen und Abrüstung.

Dieser Dissens ist mehr als nur einer über die Taktik, wie viele Europäer meinen. Er ist auch nicht primär Folge des starken Einflusses der Neokonservativen in der Bush-Regierung. Und er wird sich auch bei einem Regierungswechsel in Washington nicht verflüchtigen. Vielmehr spiegelt dieser Dissens, wie unterschiedlich beide Seiten die Gefahren einschätzen, die vom internationalen Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ausgehen, und wie anders sie die eigene Rolle in der Welt sehen.

Strategischer Konsens ist nicht alles in den transatlantischen Beziehungen, aber ohne strategischen Konsens ist alles nichts. Deshalb wird auch das gemeinsame Bekenntnis zu Demokratie, Men-

schenrechten und Marktwirtschaft das Sonderverhältnis nicht retten. Im Gegenteil: Wenn es um weniger abstrakte Werte geht, läuft ein tiefer Graben mitten durch den Atlantik. Die Europäer ereifern sich, weil die Amerikaner Todesstrafe, Umweltschutz, Gentechnik und den Internationalen Strafgerichtshof anders beurteilen als sie selbst. Amerika sieht sich als Wächter darüber, wie die Deutschen mit ihrer NS-Vergangenheit umzugehen haben. Und Frankreich muss sich wegen seines Kopftuchverbots in Schulen Kritik aus Washington anhören. Diese Intoleranz gegenüber den in unterschiedlichen

80 Prozent Patriotismus eine bedeutende Rolle in ihrem Leben spielen, gilt das nur für 21 bzw. 18 Prozent der Deutschen. Gar nur 12 Prozent der Franzosen halten Religion für wichtig. Trotz oberflächlicher Angleichung der Lebensstile durch McDonald's, Movies und Madonna werden sich Amerikaner und Europäer immer fremder.

Kann es also die Wirtschaft sein, die das transatlantische Verhältnis zusammenschweißt? In der Tat investieren die USA und Europa mehr denn je beim anderen, sind die Handelsströme einigermaßen ausgeglichen, arbeiten Millionen

Wertesystemen begründeten, aber demokratisch legitimierten Entscheidungen der anderen Seite vergiftet zunehmend die Beziehungen.

Gerade bei traditionellen Werten driften die politischen Kulturen mehr und mehr auseinander. Während für 60 Prozent der Amerikaner Religion und für



The Economist, 1. 6. 2002

Amerikaner bei europäischen, Millionen Europäer bei US-Unternehmen.

Aber auch hier lautet die Antwort nein. Erstens strahlen intensive Wirtschaftsbeziehungen nicht automatisch positiv auf die politische Ebene aus. Unternehmen wollen Profite machen, nicht Diplomatie – und das ist gut so. Zweitens verliert die europäische Wirtschaft für die USA tendenziell an Gewicht. Seit Mitte der 1980er wächst die EU vor allem wegen der deutschen Schwäche um einen guten Prozentpunkt weniger pro Jahr als Amerika. Die Folge: Heute sind die Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks noch ebenbürtig, 2050 wird die amerikanische bei Fortschreibung dieses Trends aber doppelt so groß sein wie die europäische. Damit gewinnen die Wachstumsregionen Ost- und Südostasien für die USA automatisch an Bedeutung.

Last but not least wird Europa wegen seiner demographischen Entwicklung für die Vereinigten Staaten uninteressanter: Die Zahl der Amerikaner nimmt zu, die der Europäer ab. Zur Zeit gibt es 290 Millionen US- und 450 Millionen EU-Bürger. Bis Mitte des Jahrhunderts werden die USA Europa bei der Einwohnerzahl überholen. Noch wichtiger ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Es liegt heute auf beiden Seiten des Atlantiks bei ungefähr 36 Jahren. Wegen der hohen Geburtenrate und der massenhaften Immigration wird es sich in den USA bis 2050 kaum ändern. In der EU hingegen, wo immer weniger Babys zur Welt kommen, schießt das Durchschnittsalter auf mehr als 52 Jahre. Während die Neue Welt wächst und jung bleibt, stagniert und vergreist die Alte. Die Konsequenzen sind offensichtlich: Europa muss alle politische Energie und seine knappen Ressourcen darauf verwenden, die Sozialversicherungssysteme vor dem Kollaps zu bewahren. Die Mittel für sicherheitspolitische Herausforderungen, geschweige denn Weltordnungsaufgaben wer-

den immer geringer. Schon heute schaffen es die Europäer nicht, ihren Zusagen nachzukommen und Afghanistan mit genügend Soldaten zu stabilisieren.

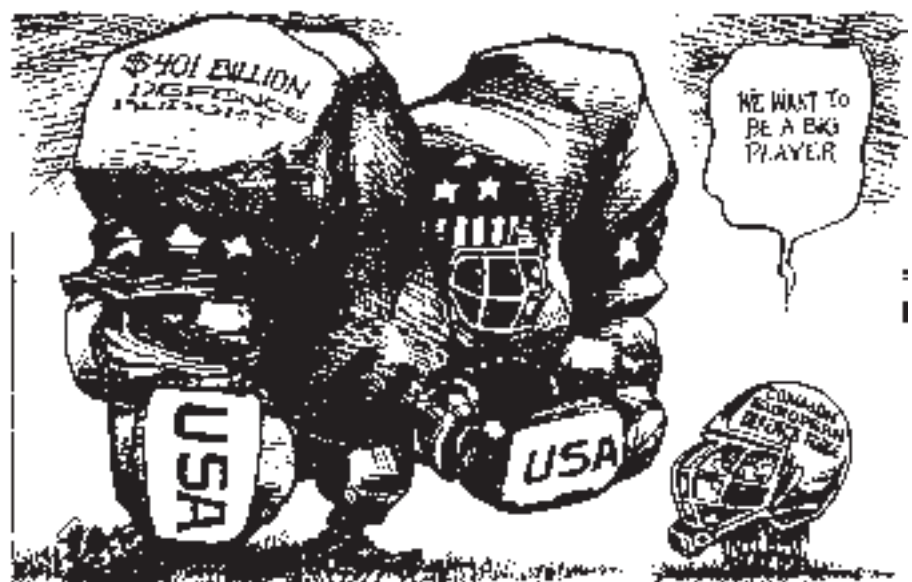
Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass sich die USA und Westeuropa in Zukunft konträr gegenüberstehen. Nach wie vor sind sie durch ein Geflecht von Verträgen, Institutionen und Interessen miteinander verbunden, das dichter ist als zwischen allen anderen Regionen auf der Welt. Aber die Kooperation wird nicht mehr so automatisch erfolgen und so selbstverständlich sein wie von 1947 bis 1991. Beide Seiten müssen heute härter daran arbeiten, das Sonderverhältnis am Leben zu erhalten. Dazu sollten sich die USA stärker bemühen, die Europäer an die Übernahme weltpolitischer Verantwortung heranzuführen und ihnen Mitverantwortung einzuräumen. Gleichzeitig müssen die Europäer anerkennen, dass nur die USA den Willen und die Macht besitzen, für mehr Ordnung in der Welt zu sorgen und Willkür und Tyrannei auf der Welt zu bekämpfen. Und sie müssen sich dazu durchringen, außenpolitisch geschlossen aufzutreten und die eigenen Fähigkeiten zu globalem Engagement zu verbessern. Aufgaben für ein gemeinsames amerikanisch-europäisches Vorgehen gibt es zuhauf: die Sta-

bilisierung des Irak und Afghanistans, das Zurückdrängen des islamischen Fundamentalismus, die Verhinderung von ethnischen Verfolgungen wie im Sudan, die Hilfe für zerfallende Staaten wie dem Kongo, die Befriedung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

7. Die USA und Israel: Eine strategische Partnerschaft

Ein Vorwurf an die USA im Allgemeinen und die Bush-Administration im Besonderen lautet, dass sie im israelisch-palästinensisch/arabischen Konflikt in Nibelungentreue zu Israel stehen. Als Hauptgrund wird oft die angeblich sehr einflussreiche jüdische Lobby in den Vereinigten Staaten genannt.

Daran ist richtig, dass Israel seit 30 Jahren einer der engsten außenpolitischen Partner der USA ist und bis 2003 größter Empfänger amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe war (seitdem hat der Irak Israel auf Platz 2 verdrängt). Die starke Unterstützung Israels schadet dem Ansehen der Vereinigten Staaten bei den arabischen Ländern mehr als jeder andere Faktor. Warum hält Washington also an dieser Partnerschaft fest?



The Economist, 29. 11. 2003

Um dies zu erklären, muss man keine Verschwörungstheorien bemühen und nicht von einer jüdischen Kontrolle der amerikanischen Politik und der Medien phantasieren. Die Realität ist einfacher und komplizierter zugleich.

Der wichtigste Grund für die enge Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel liegt darin, dass die beiden Länder tief gehende strategische Interessen verbinden. Von 1967 bis 1990 war dies für die Vereinigten Staaten die Eindämmung des sowjetischen Einflusses in der wegen ihrer riesigen Ölvorräte so bedeutenden nahöstlichen Region. Da Moskau die radikalsten antiisraelischen Staaten Arabiens, Syrien und den Irak, mit Waffen und Geld unterstützte, identifizierten die USA und Israel dieselben Länder als Bedrohung.

Seit 1979 religiöse Fundamentalisten im Iran die Macht übernahmen, sind die beiden Staaten auch Verbündete bei dem Versuch, Teheran am Export seiner radikalen antiwestlichen und antiisraelischen Ideologie zu hindern. Beide betrachten die nuklearen Ambitionen des Iran mit großer Sorge. Bis zum Sturz Saddam Husseins arbeiteten die USA und Israel auch zusammen bei der Eindämmung des irakischen Diktators, vor allem, nachdem dieser 1990/91 Kuwait besetzt und Saudi-Arabien und Israel mit Raketen angegriffen hatte. Seit dem 11. September 2001 sehen die USA in Israel einen natürlichen Alliierten beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus.

Für die Vereinigten Staaten stellt Israel aber mehr als einen strategischen Verbündeten dar. Seit Präsident Truman 1948 als erster Staatschef den neu gegründeten Staat Israel anerkannt hat, fühlen die USA eine besondere Verpflichtung für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels. Die Shoah, der deutsche Massenmord an sechs Millionen Juden, ist tief in das kollektive Gedächtnis der amerikanischen Nation eingegangen. Nicht

umsonst wurden die TV-Serie „Holocaust“ und der Film „Schindlers Liste“ in den USA produziert, steht ein Holocaust-Museum an der Mall in Washington. Dazu kommt, dass Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten ist.

Schließlich erfährt die enge Zusammenarbeit mit Israel breite innenpolitische Unterstützung. Nur in einem solchen Umfeld ist es möglich, dass die jüdische Lobby in den USA auf die amerikanische Nahostpolitik punktuell großen Einfluss ausüben kann. Aber ein solches Einwirken ist nichts Unanständiges, sondern normaler Ausdruck eines pluralistischen Meinungsbildungsprozesses. Auch sollte man den Einfluss nicht überschätzen: Jüdische Amerikaner machen gerade einmal 3 Prozent der Bevölkerung und 4,5 Prozent der Wähler aus. Andere ethnische Lobbys wie die griechische, die kubanische oder die armenische wir-

Der wichtigste Grund für die enge Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel liegt darin, dass die beiden Länder tief gehende strategische Interessen verbinden.

ken ebenfalls auf die Politik in Washington ein. Neuerdings üben evangelikale Christen auf die Bush-Regierung und den Kongress Druck aus, die israelische Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten zu unterstützen. Dahinter steht eine wörtliche Auslegung einer Bibelstelle, die die zweite Ankunft des Messias verheißt, sobald die Mehrheit der Juden ins Heilige Land zurückgekehrt ist.

Insgesamt ist der israelisch-arabische Konflikt seit Jahrzehnten eine Quelle großer Frustration für die USA. Zwar kann Washington einige Erfolge vorweisen, seit es sich in dem Konflikt Anfang der 1970er Jahre stärker zu engagieren begann: das Entflechtungsabkommen nach dem Yom-Kippur-Krieg

1973, die Camp-David-Vereinbarungen 1978, den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag 1979 und den Abzug der israelischen Truppen vom Sinai, die Nahost-Konferenz von Madrid 1991, den israelisch-jordanischen Friedensvertrag 1994, die Tatsache, dass es in den letzten 30 Jahren zu keinem Krieg zwischen Israel und seinen Nachbarn kam.

Allerdings schadet der schwelende israelisch-palästinensische Konflikt dem Ansehen der USA in der Region schwer. In den meisten arabischen Ländern hat sich, unterstützt durch die staatlichen Medien, die Meinung festgesetzt, Washington akzeptiere die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und das harte Vorgehen gegen die Palästinenser vorbehaltlos. Dies ist zwar nicht der Fall, aber vor allem die Bush-Administration hat dem Eindruck auch nicht überzeugend entgegengewirkt. Nach dem Scheitern der intensiven Vermittlungsversuche seines Vorgängers Clinton bemühte sich Bush zum Beispiel deutlich weniger darum, die Konfliktparteien an einen Tisch zu bekommen. Gleichzeitig wird in der arabischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, dass Ägypten und die Palästinenser zu den größten Empfängern amerikanischer Auslandshilfe zählen.

Solange die Selbstmordattentate palästinensischer Terroristen auf israelische Zivilisten anhalten und die israelische Regierung ihre Repressionspolitik gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung fortsetzt, sind die Einflussmöglichkeiten von außen auf diesen Konflikt begrenzt. Letztlich sind es von allen Mächten aber nur die USA, die von den Konfliktparteien als Vermittler akzeptiert werden. Die EU, Russland oder die UNO spielen kaum eine Rolle. Vor allem die UNO hat in Israel viel an Ansehen verspielt, weil sie Israel seit den 1960er Jahren zur Hauptzielscheibe einseitiger und politisch motivierter Resolutionen macht. Dabei wird oft übersehen, dass die ag-

gressive Haltung und die Kriege arabischer Staaten gegen Israel hauptverantwortlich sind für die Besetzung des Westjordanlands, Gazas und des Golan.

Für die USA brächte eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts nur Vorteile: Zum einen könnte Washington seine wegen des Irakkriegs und der Unterstützung Israels schwer angeschlagene Reputation bei arabischen Staaten verbessern. Zum anderen würde ein Ende des Konflikts autoritäre Herrscher in der Region des Arguments berauben, sie könnten keine Demokratie zulassen, solange man sich im Kampf mit Israel befinde.

8. Michael Moore und kein Ende

Seit dem Irakkrieg ist das Ansehen der USA in Deutschland und Europa auf einen Tiefpunkt gesunken. Ausdruck, aber auch Motor des Stimmungswandels sind unter anderem Bücher und Filme des leidenschaftlichen Bush-Kritikers Michael Moore. Sie erreichen in Europa und insbesondere in Deutschland Kult-Status und riesige Besucher- bzw. Verkaufszahlen.

Allerdings halten Moores Bücher und Filme wissenschaftlichen Kriterien nicht stand. Die Bücher sind schlampig recherchiert, viele Fakten nachweisbar falsch. In seinem Buch „Stupid White Men“ (2002) hat er eine Liste mit 48 Vorwürfen an Bush ohne Quellenangabe fast wörtlich aus einer Rundmail im Internet übernommen. Auch behauptet Moore dort, die USA seien Weltmeister des Haushaltsdefizits, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch einen Überschuss erwirtschafteten. Nicht viel besser ist sein Buch „Dude, Where’s My Country“ (2003). So nennt Moore als Beleg für die angebliche Repression der US-Behörden nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Fall eines französi-

schen Fernseheteams, das am Flughafen von Los Angeles nicht in die USA einreisen durfte. Was er nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass das Fernseheteam mit kompletter Ausrüstung ohne die notwendigen Papiere in die Vereinigten Staaten kommen wollte. Solche Widersprüche, Ungereimtheiten, aus dem Kontext gerissene Fakten ziehen sich durch das gesamte Buch.

In seinen Filmen „Bowling for Columbine“ (2002) und „Fahrenheit 9/11“ (2004) geht Moore ähnlich vor. Da werden Bilder geschickt aneinander gefügt, fungiert der Regisseur als Vertreter des kleinen Mannes gegen Waffenlobbys, Großkonzerne und die Bush-Regierung. Die Filme sind durchaus unterhaltsam anzuschauen. Dokumentarfilme im eigentlichen Sinne sind sie aber nicht, sondern cartoonhafte Polemiken gegen die

Die Bücher sind schlampig recherchiert, viele Fakten nachweisbar falsch.

von Moore ausgewählten Ziele. Die Verknüpfung der Informationen ist fragwürdig. Bei seinem Versuch, in „Fahrenheit 9/11“ die Verbindungen zwischen der Bush-Familie, dem Bin-Laden-Clan und dem Halliburton-Konzern aufzuzeigen, verstrickt sich Moore in zahlreiche logische Widersprüche.

So baut er einerseits die These auf, die saudische Herrscherfamilie kontrolliere mit ihren Ölmilliarden die Bush-Regierung und große Teile der US-Wirtschaft. Andererseits erklärt er, die USA hätten den Krieg gegen Afghanistan nur geführt, um eine wichtige Ölpipeline vom Kaspischen Meer unter Kontrolle zu bekommen. Eine konkurrierende Ölversorgung würde aber die Stellung der Saudis schwächen, die ja angeblich die amerikanische Politik kontrollieren. Die Saudis werden an dieser Stelle des Films deshalb erst gar nicht mehr erwähnt.

An einer anderen Stelle vermittelt er den Zuschauern den Eindruck, dass alle Mitglieder der saudischen Herrscherfamilie Osama Bin-Ladens Terrororganisation Al-Khaida unterstützen. Unterschlagen wird die Tatsache, dass Osama Bin-Laden schon vor langer Zeit von seiner Familie verstoßen und auch nicht mit einem Milliardenerbe ausgestattet wurde. Schließlich zeigt Moore Bilder von spielenden Kindern in Bagdad und suggeriert damit, die USA hätten im März 2003 ein friedliches Land überfallen. Die Terrorherrschaft Saddam Husseins, der durch Krieg und Massenmord an der eigenen Bevölkerung etwa zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen, bleibt unerwähnt. Auch war der Irak, wie Moore behauptet, kein „souveränes Land“. Vielmehr war der Irak seit 1991 durch mehr als ein Dutzend verbindlicher Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen unter anderem verpflichtet worden, seine Massenvernichtungswaffen nachweislich zu zerstören. Auch hatte die UNO zahlreiche Sanktionen gegen Bagdad verhängt.

Am Ende von Fahrenheit 9/11 bleibt man als Zuschauer ratlos zurück, was denn eigentlich die Aussage des Films war. Dass die Bush-Regierung zaudernd auf die Attentate des 11. September reagierte? Oder dass sie wild entschlossen auf die Anschläge antwortete?

Womit erklärt sich nun der Erfolg von Moores Büchern und Filmen? Der Journalist Adrian Kreye sieht darin die Angst vor der eigenen Meinung: „Wer Michael Moore zitiert, kann sich hinter dem Argument verstecken, dass hier ein Autor aus Amerika selbst polemisiert. Moores Bücher bestätigen viele der gängigen Vorurteile, wenn aber ein Amerikaner solche Dinge schreibt, kann es sich doch nicht um Vorurteile handeln.“ In der Tat: Wer Moore als Quelle anführt, muss nicht selbst nachdenken, Informationen abwägen, Erklärungen anbieten.

Dabei macht Moore selbst keinen Hehl daraus, dass er sich nicht als rationaler Journalist oder Wissenschaftler, sondern als Demagoge und Agitator versteht. Er bedient insofern den neuen Antiamerikanismus vieler seiner Leser und Zuschauer, die in ihren Stereotypen bestätigt und nicht durch Argumente aufgeklärt werden wollen. Und er beherrscht die Regeln der Medienlandschaft perfekt: Klatsch, Klamauk und Kalauer, gewürzt mit Schlagzeilenwissen und Verschwörungstheorien erreichen ein sehr viel größeres Publikum als seriöse Analysen, deren Lektüre aber einige intellektuelle Anstrengung erfordert.

Literatur- und Quellenhinweise:

Alle wichtigen Reden und Dokumente zur amerikanischen Innen- und Außenpolitik seit Mitte der 1990er Jahre sind im Internet über die Homepage des Weißen Hauses (<http://whitehouse.gov>) abrufbar. Zur Außenpolitik siehe auch die Homepage des Außenministeriums (<http://state.gov>).

Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2003. *Analyse der Rahmenbedingungen und der Verlaufsgeschichte der US-Außenpolitik vom Ersten Weltkrieg bis zum Irakkrieg.*

Clarke, Richard A.: Against All Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror, Hamburg 2004. *Kritische Auseinandersetzung des ehemaligen Anti-Terror-Zars der US-Regierung mit der amerikanischen Politik gegenüber Al Khaida und mit dem Irakkrieg.*

Ferguson, Niall: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin 2004. *Argumentiert, dass die Welt ein amerikanisches Imperium braucht, um nicht ins Chaos abzugleiten, dass die Chancen für dieses Imperium aber schlecht stehen.*

Frey, Marc: Geschichte des Vietnamkriegs, München 1998. *Gelungene knappe Einführung in den Vietnamkrieg.*

Gaddis, John Lewis: Surprise, Security, and the American Experience, Cambridge/London: 2004. *Stellt die Reaktionen der Bush-Administration auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 in historische Perspektive.*

Gersemann, Olaf, Amerikanische Verhältnisse. Die falsche Angst der Deutschen vor dem Cowboy-Kapitalismus, München 2003. *Argumentiert, dass das amerikanische Wirtschafts- und Sozialsystem viel besser ist als in Deutschland dargestellt.*

Junker, Detlef (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kal-

ten Krieges, 2 Bde, Stuttgart/München 2001. *Monumentale Aufarbeitung aller wesentlichen Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1945 bis 1990 durch 132 Wissenschaftler.*

McDougall, Walter: Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776, Boston 1997. *Analysiert die Entwicklung der US-Außenpolitik vor dem Hintergrund ihres exceptionalistischen Selbstverständnisses.*

Nye, Joseph: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg 2003. *Argumentiert, dass die USA nur im militärischen Bereich, nicht aber in der Wirtschaft und bei den ‚weichen‘ Machtfaktoren eine Hegemonie innehaben und ihre Vormachtstellung deshalb nur durch multilaterale Absicherung behalten können.*

Wolf, Martin: Why Globalization Works, Yale 2004. *Zeigt die Vorteile der Globalisierung auf und widerspricht den Kritikern.*

Woodward, Bob: Bush At War. Amerika im Krieg, München 2002. *Authentische, wenn auch nicht sehr kritische Schilderung der Reaktionen der Bush-Administration auf die Anschläge vom 11. September 2001 auf Grundlage vieler Hintergrundinterviews mit den Beteiligten und der Einsichtnahme in unveröffentlichte Dokumente.*

ders.: Der Angriff. Plan of Attack, München 2004. *Zeichnet den Entscheidungsprozess in der US-Regierung nach, der zum Irakkrieg führte.*

Zelikow, Philip/Rice, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997. *Zwei Akteure beschreiben die amerikanischen Verhandlungen, die zur Wiedervereinigung führten.*

Verfasser

Prof. Dr. Stephan Bierling, Jahrgang 1962, ist Professor für Internationale Politik mit Schwerpunkt transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Zu seinen Hauptarbeitsgebieten gehört die amerikanische Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Bierling hat in den USA geforscht und gelehrt, unter anderem an der University of California/San Diego und an der University of Southern California/Los Angeles. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart“ im Verlag C. H. Beck.

